



Köln, 03. April 2020

Stellungnahme zu den Kernlehrplanentwürfen Wirtschaft für die Sekundarstufe I NRW  
der Hauptschule, Realschule und Gesamtschule/Sekundarschule  
im Rahmen der Verbändebeteiligung

Die Flossbach von Storch Stiftung setzt sich für die ökonomische und die finanzielle Bildung an Schulen in Deutschland ein. Sie ist Initiator des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB), eines Netzwerks aus inzwischen ca. 70 Initiativen von Lehrkräften, Verbänden, Stiftungen, Wirtschaft und Wissenschaft.

Gemäß den Eckpunkten des BÖB ist uns wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler verpflichtend und in ausreichendem Umfang Wirtschaftsunterricht erhalten und dass die Lehrkräfte für diese Aufgabe in grundständigen Lehramtsstudiengängen Wirtschaft fundiert aus- und auch fortgebildet werden und damit das fachfremde Unterrichten aufhört. Berufsorientierung, Entrepreneurship Education und eine bundesweite Strategie sind ebenfalls zentral, damit ökonomische Bildung als Teil einer modernen Allgemeinbildung allen Absolventen des Schulsystems zuteilwird und dazu beiträgt, die jungen Generationen zu befähigen, ihr Leben in Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit gestalten können.

Wir befürworten den Vorstoß der NRW Landesregierung, das Schulfach Wirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik, Wirtschaft und Arbeitswelt und Gesellschaftslehre in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Unsere Anmerkungen zu den Kernlehrplanentwürfen fassen wir hier zusammen.

- Die **Rollen der verschiedenen Akteure** (private Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland) werden in einzelnen Inhaltsfeldern behandelt. Es fehlt die Herausarbeitung der **Zusammenhänge** zwischen diesen Akteuren und ihren wirtschaftlichen Handlungen sowie mögliche Doppelrollen des Einzelnen. Der Wirtschaftskreislauf stellt diese Zusammenhänge gut dar. Es gibt aber auch andere Formen, falls dieser als Thema nicht gewünscht wird. Das Themengebiet passt für die Haupt- und Realschule in das „Inhaltsfeld 3“ und die Gesamt-/Sekundarschule in das gleichnamige „Inhaltsfeld 6: Unternehmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretungen in der Sozialen Marktwirtschaft“. Damit ist auch eine sinnvolle Überleitung zu dem „Inhaltsfeld 4: Handeln als Verbraucherinnen und Verbraucher“ gewährleistet.
- Bei den Kompetenzerwartungen zu „Inhaltsfeld 1: **Freie und Soziale Marktwirtschaft**“ in allen drei Entwürfen ist anzumerken, dass es die Freie Marktwirtschaft in Reinkultur nicht gibt. Es fehlt eine Anmerkung, dass es sich um einen modellhaften Vergleich handelt.

Flossbach von Storch Stiftung

Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-950, Fax +49. 221. 33 88-101, verena.vonhugo@fvs-stiftung.de

Vorstand: Verena von Hugo, Peter Daubenbüchel Kuratorium: Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Prof. Dr. Thomas Mayer, Klaus Kühn



- Als zentrale Größe lassen alle drei Entwürfen bei „Inhaltsfeld 2: Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“, „Kompetenzerwartungen und inhaltliche Schwerpunkte bis zum Ende der Erprobungsstufe“ unter dem Punkt „Sustainable Development Goals (SDGs): Keine Armut, Hochwertige Bildung“ den Aspekt des **nachhaltigen Wachstums** vermissen. Es ist zudem anzuregen, das Thema SDG aufgrund seiner Komplexität in die Kompetenzerwartungen bis zum Abschluss der Sekundarstufe I (nicht bis Ende der Erprobungsstufe) zu schieben.
- Finanzielle Allgemeinbildung ist fast gar nicht vorhanden. Der Themenbereich **Einkommensarten, -entstehung und -verwendung** ist eine relevante Ergänzung für das „Inhaltsfeld 4: Handeln als Verbraucherinnen und Verbraucher“ und ermöglicht auch, die **drei Säulen der Vorsorge** (gesetzlich, betrieblich, privat) zu behandeln. Für die Haupt- und Realschule in „Inhaltsfeld 4: Handeln als Verbraucherinnen und Verbraucher“, für die Gesamt-/Sekundarschule in „Inhaltsfeld 7: Soziale Sicherung in Deutschland“.
- Das „Inhaltsfeld 4: Identität und Lebensgestaltung“ im Kernlehrplanentwurf für die Gesamt-/Sekundarschule empfehlen wir, in das „Inhaltsfeld 12: Beruf und Arbeitswelt“ zu **integrieren**, da im Sinne einer Work-Life-Balance diese Themen zusammengehören. So könnte auch in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung ein vertiefter Fokus auf Wirtschaft und Politik gerichtet werden, da das dritte Fach, die Soziologie, entfiel.
- Die ökonomische Bildung kann ihre Vielfalt dann entfalten, wenn auch ihre allgemeine **Methodenkompetenz** Einzug hält. Anstelle von Textanalyse und Erörterung sollte der Fokus auf Datenanalyse, Schaubilder, Prozessketten und Modelle gelegt werden. Damit wird der Wirtschaftsunterricht zu einer echten, neuen Ergänzung zu den verballogischen bzw. analytischen Fächern. Diese fehlen bisher bei den Kompetenzen und Kompetenzerwartungen aller drei Kernlehrplanentwürfe.

Über die Kernlehrpläne hinaus ist für eine nachhaltige und inhaltlich fundierte Verankerung der ökonomischen Bildung in NRW Folgendes relevant:

- Die Lehrkräfteaus- und -fortbildung für das Fach Wirtschaft ist einerseits zentral, andererseits insbesondere in ihrer Umsetzung für die Fächer dieser Kernlehrpläne höchstfraglich. Gesellschaftslehre an der Gesamt-/Sekundarschule umfasst Wirtschaft-Politik, Erdkunde und Geschichte sowie Wirtschaft und Arbeit an der Hauptschule Wirtschaft, Hauswirtschaft und Technik. Lehrkräfte dieser Fächerkombinationen können nicht alle Fächer grundständig studieren und entsprechend ca. zwei Drittel nicht wirklich fundiert unterrichten. Erfahrungsgemäß fällt die ökonomische Bildung dabei „hinten runter“. Das lässt sich nur ändern, wenn maximal zwei Fächer kombiniert, grundständige Lehramtsstudiengänge Wirtschaft eingerichtet werden und als Voraussetzung die **Lehramtszugangsverordnung um das reine Fach Wirtschaft ergänzt wird**.



- Für das Fach Wirtschaft-Politik am Gymnasium ist für die zielgerichtete grundständige Ausbildung von Lehrkräften wichtig, dass das Fach in der Sekundarstufe II des Gymnasiums ebenfalls Wirtschaft-Politik heißt (nicht weiter Sozialwissenschaften). Das sollte bei der nun noch ausstehenden Erarbeitung des Kernlehrplanentwurfs berücksichtigt werden. Nur so kann ein einheitlicher Lehramtsstudiengang für das Gymnasium eingerichtet werden.

Zusammenfassend wirkt insbesondere der Kernlehrplanentwurf für die Gesamt-/Sekundarschule mit elf Inhaltsfeldern allein für den Bereich Wirtschaft-Politik – neben zehn Inhaltsfeldern für Erdkunde und neun Inhaltsfeldern für Geschichte bzw. elf Inhaltsfeldern in dem Integrationsfach Gesellschaftslehre – sehr überfrachtet. So auch die zu vermittelnden Kompetenzen. Es ist nicht vorstellbar, wie diese Inhalte gleichwertig und fundiert von einer Lehrkraft vermittelt werden sollen.

Für die Hauptschule gilt das Gleiche, wenn auch in geringerem Ausmaß. Der Kernlehrplanentwurf für die Realschule erscheint insgesamt stimmig und umfassend.

Wir bedanken uns für die Einbindung in die Verbändebeteiligung und freuen uns, wenn die oben genannten Aspekte Berücksichtigung finden.

Flossbach von Storch Stiftung